

*Russische Zeitung „Izvestija“, 27.2.2022, <https://iz.ru/>*

Der russische Präsident Wladimir Putin hat bei einem Treffen mit Verteidigungsminister Sergej Schoigu und Generalstabschef Waleri Gerassimow angeordnet, die Abschreckungskräfte in besondere Alarmbereitschaft zu versetzen.

„Die höchsten Amtsträger der führenden NATO-Länder lassen aggressive Äußerungen gegen unser Land zu, weshalb ich dem Verteidigungsminister und dem Generalstabschef befehle, die Abschreckungskräfte der russischen Armee in besondere Kampfbereitschaft zu versetzen,“ sagte der russische Staatschef.

Putin betonte außerdem, dass die westlichen Länder auch im wirtschaftlichen Bereich unfreundliche Maßnahmen gegen Russland ergriffen. „Ich spreche von unrechtmäßigen Sanktionen, die jedem bekannt sind,“ fügte er hinzu. Das Treffen fand vor dem Hintergrund der russischen Spezial-Militäroperation zum Schutz des Donbass statt.

Am 26. Februar wurde bekannt, dass sich die EU und die USA darauf geeinigt haben, mehrere russische Banken vom SWIFT-Bankenzahlungssystem abzuschalten. Am selben Tag teilte das britische Außenministerium mit, dass London restriktive Maßnahmen gegen die russische Wirtschaft ergreifen werde. Der britische Premierminister Boris Johnson erklärte, die Regierung beabsichtige, Sanktionen gegen staatliche russische Banken zu verhängen.

Am 24. Februar verhängte US-Präsident Joe Biden Sanktionen gegen fünf russische Banken, darunter Gazprombank, Sovcombank, Novikombank, Otkrytie Bank und Alfa Bank. Am selben Tag sagte Biden, er werde die Möglichkeiten Russlands, Transaktionen in harter Währung durchzuführen, einschränken.

Putin hatte am 24. Februar eine Sonderoperation zum Schutz der Zivilbevölkerung im Donbass angekündigt. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski beschuldigte daraufhin Russland eines Schlages gegen die militärische Infrastruktur des Landes, verhängte das Kriegsrecht über das ganze Land und gab bekannt, dass Kiew die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abgebrochen und ukrainische Diplomaten aus der Botschaft abgezogen habe.

Am 21. Februar hatte Putin Dekrete zur Anerkennung der Unabhängigkeit der Volksrepubliken Lugansk und Donezk (LNR und DNR) unterzeichnet. Der russische Präsident und die Staatsoberhäupter der beiden Republiken, Leonid Paseschnik und Denis Puschylin, unterzeichneten außerdem Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, die am nächsten Tag von den Republiken selbst und von Moskau ratifiziert wurden.

Seit 2014 führen die ukrainischen Behörden eine Operation gegen Bewohner des Donbass durch, die sich weigern, die Legitimität der neuen ukrainischen Behörden anzuerkennen. Gleichzeitig macht Kiew Moskau für die komplizierter gewordene Situation verantwortlich. Russland hat wiederholt erklärt, dass es keine Konfliktpartei ist.